

Essentials *demokratischen* Politik-Managements

Die Herrschaft des Gesetzes: The Rule of Law

In allen Ländern verfahren Regierungsinstanzen nach irgendwelchen „bewährten“ Prinzipien (Strategien, Methoden), um die mit ihrer Arbeit einhergehenden praktischen Herausforderungen zu bewältigen. *Politik-Management* ist eine Bezeichnung für solche Verfahrensweisen. Unabhängig von äußerlich unterscheidbaren Staatsformen (Monarchie, (Militär-)Diktatur, Demokratie etc.) lassen sich die diversen verwendeten Methoden, auch in Kombinationsformen, im Hinblick auf ihre praktischen Wirkungen erforschen und vergleichen, um die Qualität tatsächlich geleisteter politischer Arbeit zuverlässig einzuschätzen. Dazu verhelfen heute überall zur Verfügung stehende objektive naturwissenschaftliche Forschungsbefunde und -techniken. Derartige Einschätzungsmittel sind nützlich und unentbehrlich, da Regierungsinstanzen dazu tendieren, die öffentliche Meinung mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln im Sinne ihrer Regierungsabsichten zu manipulieren.

Demokratische Vorgehensweisen sind nur relativ selten anzutreffen. Das wird offensichtlich, wenn man sich auf die Kernbedeutung von *Demokratie* besinnt: Demokratie ist eine auf der Befolgung von Regeln beruhende Form der Kommunikation und Zusammenarbeit. Hier hat keine Unter- und Überordnung von Menschen gegenüber Menschen zu herrschen, so wie in Armeen, Despotien und Diktaturen. Stattdessen hat hier partnerschaftlicher Umgang zu herrschen, gemäß (Spiel-)Regeln der Fairness, der Gleichberechtigung aller Beteiligten, womit für Gerechtigkeit gesorgt wird, so wie in Gesellschaftsspielen und in sportlichen Wettkämpfen unter Mannschaften. Allen Beteiligten und allen außenstehenden Beobachtern müssen diese Regeln bekannt sein, so dass sie auf deren Einhaltung achten und bestehen können, ebenso wie eigens dazu bestellte (Schieds-) Richter. Diese Herrschaft von Regelungen wird in Großbritannien *the rule of law* genannt. Es wird in allen Ländern der Erde mit beachtlichem Erfolg im Rahmen der Straßenverkehrsordnung befolgt.

Die Herrschaft der Regel(unge)n hat in parlamentarischen Gremien stattzufinden und ist darauf auszurichten, angesichts von Herausforderungen die bestmöglichen Entscheidungen zu treffen. Das sind Entscheidungen, die dem *Allgemeinwohl* gerecht werden, also den Bedürfnissen aller Menschen sowie deren Lebensgrundlagen, den natürlichen Ressourcen, dem Schutz der Umwelt (Ökologie), deren Erhaltung und Kultivierung.

Dieses Verständnis von *Demokratie* führte zur Gründung der Vereinten Nationen und zu ihrer Formulierung der Menschen- und Kinderrechtskonventionen. Es prägte die ungeschriebene Verfassung Großbritanniens und des Commonwealth of Nations ebenso wie das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949. In diesen Dokumenten wurde mit einfachen Worten klar, allgemein- und unmissverständlich dargestellt, an welche Regeln sich politische Instanzen zu halten haben, um ihre Pflichten zum Wohle der Menschen zu erfüllen. Um diese Texte angemessen zu befolgen, ist in erster Linie gesunder Menschenverstand erforderlich.

Warum werden sie dennoch viel zu wenig befolgt? Mangelt es unseren Juristen und Politikern an gesundem Menschenverstand? Fehlt der politische Wille, sich ernsthaft für weltweite friedfertige Zusammenarbeit einzusetzen? Mangelt es den gewählten Abgeordneten und den Regierungsmitgliedern an politischer und ethischer Erziehung und Bildung? Haben sich diese nicht hinreichend mit grundlegenden Schriften befasst, die während des Zeitalters der

Aufklärung verfasst worden sind, so zum Beispiel mit *Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechtes* von Jean-Jacques Rousseau (1712- 1778), mit *Der Wohlstand der Nationen* von Adam Smith (1723-1790), mit dem *kategorischen Imperativ* und *Zum ewigen Frieden* von Immanuel Kant (1724-1804), mit der *Erziehung des Menschengeschlechts* von Gotthold Ephraim Lessing (1729-1781) und *Über die ästhetische Erziehung des Menschen*, verfasst von dem Juristen und Dichter Friedrich von Schiller (1759-1805)?

Oder liegt es daran, dass Wirtschaftsunternehmen Kriege sponsern, weil sie besonders viel Geld verdienen können, indem sie alle Konfliktparteien gleichzeitig mit Waffenlieferungen und finanzieller Unterstützung im Kampf gegeneinander anfeuern? Dann brauchen wir Regelungen für wirtschaftliches Handeln, also eine Wirtschaftsordnung, die den Bürgern und den Politikern hinreichende eigene Handlungsfreiheit diesen Unternehmen gegenüber verschafft. Politik-Management kann dazu beitragen.